

# Mogelpackung Kronenwiese

# Überbauung

Ist Zürich eine Bananenrepublik geworden? Der Stadtrat macht was er will! Der Quartierverein Wipkingen findet das Vorgehen der Stadtregierung inakzeptabel!

Was soll das? Wir stimmen ab. Aber eigentlich spielt das gar keine Rolle mehr. In den Abstimmungsunterlagen sprach man noch von 60 Wohnungen. Nach gewonnener Abstimmung erhöht man nun die Ausnutzung um die Hälfte auf 95 Wohnungen! Die Stadtregierung findet nun siegessicher, dass die Stadt nun neu 95 Wohnungen bauen kann. Diesen Vorschlag überweist er dem Gemeinderat.

Der Quartierverein befürchtete damals, dass wiederum eine grosse Arealüberbauung realisiert werden würde. Darum kämpfte er gegen ein, für das Quartier unverträgliches Projekt (zu Hoch, zu viel zusätzlicher Verkehr ohne Erschliessung, keine adäquate Kindergärten etc).

Nun scheinen sich die Befürchtungen zu bewahrheiten. Macht der Stadtrat das, weil er hofft, dass es der Gemeinderat nicht merkt oder ist er sich seines Vorgehens so sicher, dass es ihn nicht mehr kümmert?

Die Kronenwiese (7000m<sup>2</sup> Landfläche) soll gemäss Weisung des Stadtrat an den Gemeinderat mit 90 Wohnungen überbaut werden. Genauere Abklärungen und eine Testplanung haben diese neuen Erkenntnisse ergeben.

Wie ist es möglich, dass die Grundlagen der Abstimmung und die ‚genauen‘ Abklärungen der Stadt von 2008 bereits im 2010 überholt sind?

Der Quartierverein vertritt die Meinung, dass die Stadt eine offene und transparente Kommunikation betreiben soll. Die

neuen Abklärungen und die Testplanung wie der daraus resultierende Prozent Wohnanteil, die Anzahl möglicher Geschosse und die ‚grosszügige‘ Aussenraumgestaltung sollen dem Quartierverein und/oder öffentlich dargelegt werden.

Die Stadt Zürich und das Gelingen eines Projektes (ein Wettbewerb soll noch in diesem Quartal starten) werden von einer solchen frühzeitigen Information profitieren.

Eine ‚quartierverträgliche‘ Überbauung der Kronenwiese soll von den Quartierbewohnern mitgetragen werden.

Der Quartierverein ist nicht gegen neue Wohnungen, fordert aber, dass man sich an demokratische Abläufe hält!

Ursprüngliche Vorlage in der Abstimmungszeitung 4/2008

Neue Weisung an den Gemeinderat